Image inzwischen so hartnäckig, dass Müntefering ihn nicht einmal mehr zu den Koalitionsgesprächen mit der Union mitnehmen möchte.

Die Chancen sind groß, dass der neue Finanzminister noch schneller auf null gebracht wird als jeder seiner Vorgänger. Die Lage des Bundeshaushalts ist mit dem Adjektiv „desaströs“ noch zurückhaltend beschrieben. Nach vier Jahren Stagnation und mehreren Steuerreformschritten fehlen allein im nächsten Jahr 50 Milliarden Euro – ein Zustand, den BDI-Chef Jürgen Thumann als „staatliche Insolvenz“ bezeichnet.

Und Schlimmeres droht. Die steigenden Öl- und Energiepreise könnten weltweit die Zinsen in die Höhe treiben, mit fatalen

ANDREAS RENTZ / GETTY IMAGES

CDU-Finanzexperte Merz
Chancen für den Merkel-Gegner

Folgen für den verschuldeten Staat. Klettert der Kreditpreis an den internationalen Anleihemärkten um einen halben Prozentpunkt nach oben, muss die neue Koalition zehn Milliarden Euro zusätzlich für die fälligen Zinsen einplanen – das kalkulieren jedenfalls derzeit die Experten des Finanzministeriums.

Schon heute werden die Steuereinnahmen zu einem großen Teil für die Lasten der Vergangenheit verbraucht. Knapp 40 Milliarden Euro zahlt der Bund allein für Zinsen – ohne auch nur einen Cent seiner Schulden zu tilgen. 80 Milliarden Euro kostet die gesetzliche Rentenversicherung Jahr für Jahr. Über 40 Milliarden Euro muss Berlin für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgeben. Für Investitionen bleiben da nur noch 22 Milliarden Euro, weniger als zehn Prozent des Gesamtetats. Die öffentlichen Haushalte, klagt Bundespräsident Horst Köhler, „sind in einer nie dagewesenen kritischen Lage“.

Das sieht auch die Europäische Kommission so, die den deutschen Haushaltskurs mit wachsendem Unmut verfolgt. Nachdem die rot-grüne Regierung bereits vor drei Monaten zugeben musste, dass sie die Defizitgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auch in den kommenden beiden Jahren überschreiten wird, will Währungskommissar Joaquín Almunia die Berliner Haushaltspolitik praktisch unter Brüsseler Aufsicht stellen und den Deutschen konkrete Sparauflagen abverlangen. Werden diese nicht erfüllt, könnte schließlich eine Strafe von bis zu elf Milliarden Euro anstehen.

Für die neue Regierung heißt das, sie muss sparen und streichen wie keine Bundesregierung zuvor – nach Berechnungen des Finanzministeriums Jahr für Jahr 25 Milliarden Euro. Was das bedeutet, haben die Regierungsexperten vor den anstehenden Koalitionsgesprächen bereits durchkalkuliert. Für Ausgabenprogramme aus dem SPD-Wahlmanifest ist ebenso wenig Geld da wie für Steuerreformen, Kinderzuschüsse oder Gesundheitsprämien aus dem CDU-Katalog.

Stattdessen müssen Steuern erhöht, Subventionen abgebaut und Ausgaben gekürzt werden. So schlagen die Regierungsexperten unter anderem vor:

- die Eigenheimzulage komplett abzuschaffen,
- den Subventionsabbau nach den Vorschlägen von Koch und Steinbrück weitreichender als geplant voranzutreiben,
- die Versicherungsteuer zu erhöhen,
- die Vorschriften für die Bewilligung des Arbeitslosengelds II drastisch zu verschärfen.

Nach den Vorstellungen der Regierung können zudem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – anders als versprochen – nicht gesenkt werden. Entschließen sich Union und SPD, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, müssten die Einnahmen zur Haushaltssanierung eingesetzt werden.

Es ist die Einsicht, dass nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein Weg aus der Schuldenkrise möglich ist, die nun die künftigen Koalitionäre zusammenhält. „Die Etatfrage dominiert alles“, sagt ein SPD-Regierungsmitglied.

Selbst für die heikelste Frage, wie man Schröder den Führungsanspruch ausreden kann, glauben einige in der Unionsspitze eine Lösung gefunden zu haben. Es kursiert ein Modell, nach dem der Kanzler geschäftsführend noch bis Endes des Jahres im Amt bleibt – und dann an Merkel übergibt.

Diese Lösung hätte aus Sicht des Urhebers der Idee mehrere Vorteile: Die SPD bliebe in den Verhandlungen ein stabiler Partner, weil Schröder die Richtung mitbestimmen würde; der Kanzler könnte den Koalitionsvertrag zu einer Fortschreibung seiner Reformagenda nutzen und damit die Ansprüche der Linken in Schach halten. Und es wäre für das gesorgt, was der CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers einen „Abschied mit Würde“ nennt.

Jan Fleischhauer, Horand Knaup, Roland Nelles, Ralf Neukirch, Michael Sauga

UNION

Anleitung zum Unglücklichsein

Geschockt vom miserablen Wahlergebnis, drängen immer mehr Parteifreunde Angela Merkel zu einem Kurswechsel. Steht die CDU vor einem Linksruck?

Horst Seehofer ist wahrscheinlich der einzige Politiker Deutschlands, der sich auch über Wahlniederlagen freuen kann. Vergangenen Mittwoch um kurz nach elf, die Unionsfraktion trifft sich gerade zu einer Sondersitzung im Reichstag, hockt Seehofer in seinem Berliner Abgeordnetenbüro. Das Jackett liegt neben ihm auf einem Stuhl, auf dem Tisch steht eine Kanne Kaffee, er hat sich Zeit genommen. Der CSU-Vize will noch einmal reden über den Tag seines persönlichen Triumphs – den 18. September 2005.

Am Abend der Bundestagswahl hatte in der ganzen Union ein Wehklagen über die miserablen Zahlen angehoben. Seehofer indes war zufrieden: Bei einem furiosen Wahlsieg Angela Merkels hätte er sich als schärfster Kritiker der CDU-Vorsitzenden wohl aufs politische Altenteil zurückziehen müssen. Nun war er zurück im Spiel.

Sogar CSU-Chef Edmund Stoiber meldet sich inzwischen wieder auf seinem Handy. „Ich stelle mit tiefer Befriedigung fest, dass die Wähler allen Scharfmachern ein Stoppschild gesetzt haben“, sagt Seehofer.

Seine Widersacherin Dr. rer. nat. Angela Merkel hatte im Wahlkampf einen einmaligen Versuch gewagt: Nicht höhere Renten und steigendes Kindergeld versprach sie den Bürgern, sondern sie predigte weniger Kündigungsschutz und sinkende So-

HUBER / LAIF

CSU-Sozialpolitiker Seehofer
„Stoppschild gesetzt“

MICHAEL PROBST / AP

Parteivorsitzende Stoiber, Merkel: *Zu emotionslos, zu hart, zu ehrlich*

zialleistungen. Ein „Programm der Ehrlichkeit“ nannte sie ihr Wahlmanifest, und die ganze Union beglückwünschte sich zu ihrem Mut – von einem „Gegenmodell zum Märchenprogramm der SPD“ sprach Bayerns Ministerpräsident Stoiber.

Zwei Monate und eine Bundestagswahl später sieht sich nicht nur Sozialexperte Seehofer in seiner kritischen Haltung bestätigt – inzwischen lesen auch viele andere Unionspolitiker das Regierungsprogramm vor allem als Anleitung zum Unglücklichsein.

Quer durch die Partei zieht sich der Unmut: „Mit Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale und Lockerung des Kündigungsschutzes haben wir den Wählern einfach zu viel zugemutet“, sagt Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach: „Die von uns geplanten Entlastungen kamen im Wahlkampf kaum vor.“ Und Gerald Weiß, Chef der Unions-Arbeitnehmergruppe im Bundestag, beklagt mangelnde Sensibilität: „Dem Programm hat die Wärme gefehlt.“

Zu emotionslos, zu hart, zu ehrlich, heißt es aus allen Ecken der Schwesterparteien, wenn die Rede auf das 39-seitige Papier kommt – es habe auf die flatterhaften Wähler gewirkt wie eine Vogelscheuche auf einen Schwarm Spatzen. Vor allem die CSU-Oberen und die CDU-Sozialpolitiker verlangen, dass Merkel ihren Reformkurs aufweicht. Wenn sie in den Wahlanalysen der Forschungsinstitute blättern, dann fürchten sie um den Charakter der Union als Volkspartei.

Kaum eine Gruppe hat sich so stark von der Union abgewendet wie die Arbeiter, 7 Prozentpunkte verlor die Partei im Vergleich zur Wahl 2002 bei dieser Klientel. Und die CSU ist in Aufruhr, weil sie in Bayern lediglich 49,3 Prozent geholt hat. Nun fürchtet sie um ihre absolute Mehrheit im Land. Denn ohne Alleinherrschaft im Münchner Parlament – und das ist jedem Christsozialen völlig klar – sinkt die Bedeutung der Partei auf Provinzniveau ab.

Immer lauter werden nun Konsequenzen gefordert. Am vorvergangenen Freitag traf sich der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Hannover zur Wahlanalyse. CDA-Chef Karl-Josef Laumann war gereizt. Der gelernte Maschinenschlosser liebt kurze klare Sätze und kam gleich zur Sache.

Merkel habe beim Verfassen des Wahlprogramms Kernforderungen der CDA in den Wind geschlagen, das sei ein entscheidender Fehler gewesen, sagte er.

Wenige Tage vor der Veröffentlichung des Wahlprogramms habe er der Parteichefin noch eigens einen Brief mit der Bitte geschrieben, ältere Arbeitnehmer mit vielen Beitragsjahren schon 63-jährig in Rente gehen zu lassen – vergebens. Auch ein höheres Kindergeld habe die CDU-Spitze abgelehnt, klagte Laumann.

Am Ende der vierstündigen Debatte ist sich die 50-köpfige Runde einig, dass es Merkel mit ihrem Reformehrgeiz übertrieben habe. Die Partei, so die einhellige Meinung, müsse wieder sozialer werden. „Wir haben durchaus noch Potential nach unten“, sagt der stellvertretende CDA-Chef Christian Bäumler düster. Die Pläne der Parteispitze zum Abbau des Kündigungsschutzes wollen die CDA-Politiker nicht mehr mittragen.

„Wir haben die Herzen der Menschen nicht erreicht“, bilanziert Laumann ernüchtert den Wahlkampf. Er will nun die Interessen der CDA wieder stärker unionsintern vertreten – notfalls auch gegen die Parteiführung: „Diejenigen, die über die Entsozialdemokratisierung der CDU gejubelt haben, wachen jetzt in einer Großen Koalition auf.“

PEER GRIMM / DPA

CDA-Chef Laumann
„Die Herzen nicht erreicht“

Merkels Plan, eine schonungslose Wahlanalyse erst nach den Koalitionsverhandlungen durchzuführen, ist nicht aufgegangen. Es sei jetzt „Kampfauftrag“ der Union, Gerhard Schröder aus dem Kanzleramt zu jagen, gab sie unlängst die Parole aus, alle müssten sich diesem Ziel unterordnen. Doch es rumort in der Partei. Viele wollen sich der Order nicht fügen.

„Die CDU muss aufpassen, dass bei ihrer Politik wirtschaftliche Kompetenz und soziale Gerechtigkeit beieinander bleiben“, sagt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der Merkels Reformkurs von Anfang an mit Skepsis verfolgt hat. „Der Vorsitzende der Arbeiterpartei in Nordrhein-Westfalen bin ich“, hatte Rüttgers noch im Mai verkündet, als er gerade die Landtagswahl gewonnen hatte. Sein Wahlkampf war das Gegenteil zur Ehrlichkeitsoffensive Merkels gewesen. Mit einem wolkigen Programm und scharfen Attacken auf die SPD-Regierung hatte er bei der Landtagswahl 44,8 Prozent geholt, jetzt ist die NRW-CDU auf 34,4 Prozent abgerutscht – das zweitschlechteste Ergebnis seit 1949.

Auch in der CSU wird die Diskussion über die Gründe der Wahlniederlage immer lauter. Die Führung der Christsozialen ist sich einig, dass Merkels zahlenlastige Kampagne ein Fehler war: „Wir haben einen zu nüchternen, kühlen Wahlkampf geführt“, sagt der bayerische Innenminister Günther Beckstein, und Landtagspräsident Alois Glück assistiert: „Die Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Kompetenz hat gefehlt.“

Parteiintern wird vor allem Generalsekretär Markus Söder und Staatskanzleichef Erwin Huber die Schuld angelastet. Beide haben auf CSU-Seite das Wahlprogramm ausgearbeitet, Huber lobte sein Werk überschwänglich: „Das Programm wird spannend wie ein Krimi, realistisch wie ein Dokumentarfilm, erhellend und aufbauend zugleich.“ Das Zitat hängt ihm nun wie ein Mühlstein am Hals. Beim Gerangel um die Nachfolge von Stoiber als bayerischer Ministerpräsident gilt inzwischen Beckstein als Favorit, auch wenn Huber seinem Kabinettskollegen den Posten nicht kampflos überlassen will.

Auch den sonst so selbstbewussten Stoiber hat die Wahlschlappe ins Grübeln gebracht. Er müsse einräumen, dass das Unionsprogramm die Bürger eher verschreckt habe, gestand er unlängst vor Vertrauten: „Ich muss ehrlich sagen, dass ich das nicht erwartet hätte.“ René Pfister